

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
(10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, Dr. Volker Wissing, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/3103 –**

Agrarischen Veredelungsstandort Deutschland stärken – Bürokratie abbauen und Rahmenbedingungen verbessern

A. Problem

Nach Ansicht der Antragsteller haben sich die Rahmenbedingungen für den Veredelungsstandort Deutschland in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert. Hierdurch seien verschiedene landwirtschaftliche Bereiche betroffen und Arbeitsplätze sowie Wirtschaftskraft im ländlichen Raum verloren gegangen. Verantwortlich hierfür seien eine ideologische Agrar- und Verbraucherpolitik und nationale Alleingänge der Bundesregierung.

Die Situation müsse durch einen ausgewogenen Kompromiss zwischen Tier- und Umweltschutz sowie den wirtschaftlichen Anforderungen an die Betriebe verbessert werden, um Wettbewerbsnachteile zu verhindern. Dabei sei auf eigenverantwortliches Handeln und die Nutzung umweltfreundlicher Techniken durch die Betroffenen zu achten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/3103.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/3103 – abzulehnen.

Berlin, den 10. November 2004

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Gitta Connemann
Berichterstatterin

Friedrich Ostendorff
Berichterstatter

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Wilhelm Priesmeier, Gitta Connemann, Friedrich Ostendorff und Hans-Michael Goldmann

I. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 130. Sitzung am 1. Oktober 2004 den Antrag auf Drucksache 15/3103 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller stellen fest, dass sich die Rahmenbedingungen für den Veredelungsstandort Deutschland in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert hätten und hierdurch besonders die Schweine- und Legehennenhaltung sowie die Milchviehhaltung betroffen seien. Durch die negativen Entwicklungen seien auch der vor- und nachgelagerte Bereich erfasst, wodurch Arbeitsplätze sowie Wirtschaftskraft verloren gegangen seien.

Sie bemängeln weiter, dass durch eine ideologische Agrar- und Verbraucherpolitik, die den ländlichen Raum unterbewerte, und nationale Alleingänge der Bundesregierung im Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz sowie Vorgaben im Bereich der Hygiene- und Bauvorschriften die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich gelitten habe. So habe beispielsweise die Legehennenverordnung den Veredelungsstandort Deutschland massiv geschwächt.

Es müsse auf einen ausgewogenen Kompromiss zwischen Tier- und Umweltschutz und den wirtschaftlichen Anforderungen an die Betriebe hingearbeitet werden, indem europäische Vorgaben 1:1 in nationales Recht umgesetzt würden. Vorrangig sei dabei auf eigenverantwortliches Handeln und die Nutzung umweltfreundlicher Techniken durch die Betroffenen zu achten. Ordnungsrechtliche Maßnahmen sollten als zusätzliche Belastungen für die Landwirtschaft nur in Ausnahmefällen zum Tragen kommen.

Die Bundesregierung wird deshalb u. a. aufgefordert, auf weitere nationale Alleingänge zu verzichten, den Entwurf der Düngeverordnung grundsätzlich zu überarbeiten, die Schweinehaltungs-Verordnung 1:1 in nationales Recht umzusetzen, die Kleinvogelhaltung vorurteilsfrei fachlich zu bewerten, das 11. Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes (AMG) hinsichtlich eines verbesserten Tier- und Verbraucherschutzes zu korrigieren und auf eine Novellierung des Baugesetzbuchs zu verzichten, um eine unternehmerische Landwirtschaft und die dazu erforderlichen Investitionen nicht zu gefährden.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 50. Sitzung am 10. November 2004 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 15/3103 in seiner 53. Sitzung am 10. November 2004 behandelt und die Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

Die **Koalitionsfraktionen** sahen grundsätzlich positive Ansatzpunkte, kritisierten jedoch, dass der Antrag keine Substanz enthalte. Sie verwiesen auf die Stärke der deutschen Eierproduktion, deren Erhaltung – und nicht die Abwanderung – auch Ziel der deutschen Hühnerhalter sei. Im Übrigen wurde betont, dass die guten agrarischen Rahmenbedingungen in Deutschland weiter verbessert werden müssten. Auch die Opposition trage mit an der Verantwortung für den agrarischen Veredelungsstandort Deutschland, wobei hinsichtlich der Schweinehaltung daran erinnert wurde, dass sie das Zustandekommen einer entsprechenden neuen Verordnung im Bundesrat verhindert habe.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, dass das Anliegen des Antrags als solches unterstützenswert sei, und verwies auf bereits eingebrachte sonstige Beratungsvorlagen, die die 1:1-Umsetzung von EU-Recht zum Ziel hätten. Der Antrag der Fraktion der FDP sei jedoch insgesamt nicht substantiiert und konkret genug, wie das Beispiel fehlender Regelungen zum Bürokratieabbau zeige.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, der Antrag diene dem Interesse der Landwirtschaft und der Erhaltung der Arbeitsplätze. So müsse das EU-Recht 1:1 in nationales Recht umgesetzt werden, damit nationale Alleingänge und die Abwanderung von landwirtschaftlichen Betrieben verhindert würden. Insbesondere verwies sie auf die Hühnerhaltungsverordnung sowie den Tier- und Umweltschutz und forderte eine EU-einheitliche Regelung der Düngemittel. Auch sei der Bürokratieabbau weiter voranzutreiben.

Berlin, den 10. November 2004

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichtersteller

Gitta Connemann
Berichterstellerin

Friedrich Ostendorff
Berichtersteller

Hans-Michael Goldmann
Berichtersteller

